

Kreistags-Fraktion
DIE LINKE.
BIRKENFELD

Haushaltsrede der Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE zum Etat 2010

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

im Rahmen der diesjährigen Kommunalwahlen ist DIE LINKE erstmals für den Kreistag Birkenfeld angetreten und wir erreichten mit 5,7 % auf Anhieb ein stolzes Ergebnis. Dies konnte zur Bundestagswahl im September mit überragenden 13,5 % nochmals deutlich verbessert werden. **Was bewegt die Menschen dazu, LINKS zu wählen und uns zu stärken?**

Ich kann es Ihnen sagen: Sie haben die Nase voll von der allgegenwärtigen Politik des Sozialabbaus und der **Umverteilung von ARM zu REICH**. Dabei wird nicht nur eine steigende Mehrheit von Menschen immer ärmer, sondern – weil die Einnahmen weg brechen – auch alle öffentlichen Haushalte immer schräger.

Was finden wir beim Kreishaushalt vor?

Schulden – Schulden und noch mal Schulden, wohin man schaut! Ein total verschuldeter Landkreis ohne so genannte freie Finanzspitze. Diese pendelt auch nach Ihrer eigenen Prognose bei ca. 12 Millionen Miese pro Jahr. Eigentlich sind daher keine Gelder mehr eigenverantwortlich zu verteilen – fast ausschließlich werden Pflichtaufgaben bedient.

Alleine für Zinsen müssen Sie jährlich über 4 Millionen Euro aufbringen. Tendenz: steigend. Nachdem dieses Jahr rund 10 Millionen Euro weniger eingenommen wurden, als auszugeben waren, steigt das Jahresminus für 2010 auf ca. 13 Millionen und laut Ihren schriftlichen Erläuterungen rechnen Sie selbst damit, dass in 2013 der Gesamtbetrag der dann aufgelaufenen Kredite zur Liquiditätssicherung die jährliche Ausgabenlast des Kreises übertreffen wird. **Ein wahres Armutszeugnis.**

Eins vorweg: Wir haben noch keinen Haushalt zu verantworten gehabt: **Es sind Ihre Schulden – nicht unsere!**

Dennoch: Woran liegt diese enorme finanzielle Unterdeckung? Und wie kann man die Misere beheben?

Nach Lao-tse kommt die **Wahrheit mit wenigen Worten** aus. Andererseits meinte Bertolt Brecht: **Schwierigkeiten werden nicht dadurch überwunden, dass sie verschwiegen werden.** Wir wollen als Linke nicht schweigen, sondern erklären, warum für uns der Haushaltsentwurf 2010 ein weiterer Schritt zum „vermögenslosen Schuldenhaushalt“ ist.

Ob es da ein Trost ist, dass es in den meisten kommunalen Gebietskörperschaften deutschlandweit ebenfalls nicht viel besser bestellt ist und auch Bund und Länder unter arger finanzieller Schieflage leiden? Mittlerweile herrscht eine unzureichende Finanzausstattung auf allen Ebenen!

Grundsätzlich: Bei der gegenwärtigen Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kreisen/Kommunen sind alle Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung letztendlich zum Scheitern verurteilt. Was neu beschlossen wird, ist entweder Flickschusterei von einem Schuldenkonto auf das Nächste, oder es wird gleich auf Kosten der nächsten Generation gelebt. Was soll das? Und vor allem: Wer beschließt so etwas???

Wer beschloss in den vergangenen Jahrzehnten diese Verteilung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften? **Ihre** Parteifreundinnen und Freunde von SPD-FDP-CDU-GRÜNE, die so genannten „**etablierten Parteien**“ also. In vielfältigen Koalitionen wurden fortwährend Gesetze beschlossen und Haushalte verabschiedet, die letztlich nur ein Ziel hatten:

Die Reichen im Land, das Großkapital noch reicher zu machen. Entlastungen gibt es regelmäßig bei den Vielverdienern, den Gürtel enger schnallen soll dagegen die breite Masse, deren soziale Leistungsansprüche immer weiter zusammen gestrichen werden. Gewinne werden heutzutage privatisiert – z. B. durch niedrige Steuern – Verluste im großen Stil sozialisiert, sprich: auf die Allgemeinheit umgelegt. Statt einem Rettungsschirm für Banken und Kapital treten wir aber ein für einen **Rettungsschirm für die Menschen!**

Die Politik der „Etablierten“ kennzeichnet eine Gemeinsamkeit: Schulden!

Auch Sie sind dem „Tina-Prinzip“ aufgesessen: „TINA: **There is no alternative!**“

Die Folge Ihrer Steuer-, Finanz- und „Sozial“politik ist ein Auseinanderklaffen der Gesellschaft und auch in Ihrem Haushaltsentwurf abzulesen: Bei Altersarmut und Erwerbsunfähigkeit steigen im Kreis entsprechend der Fallzahlen die Kosten um 150.000 Euro, auch bei Hartz IV rechnen Sie mit einem weiteren Anstieg um 100 so genannter „Bedarfsgemeinschaften“, was einen Mehraufwand von 400.000 Euro bedeutet. Dahinter verbergen sich schon heute über 3.200 Betroffenen-Gemeinschaften.

Die Noteinrichtung der örtlichen Tafeln wird also bei dieser Politik nicht verschwinden. Auch der Investitionsstau steigt und steigt, weil niemand die Ehrlichkeit hat und den Mumm besitzt, wieder für die Staatseinnahmen zu sorgen, die zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Wirtschaftens auch von Seiten des Staates notwendig sind. Da liegt das eigentliche Problem:

Es gab in Deutschland bis 1997 eine **Vermögenssteuer**, seither wird diese aber nicht mehr erhoben. Wir hatten in Deutschland in den 70er Jahren einen Spitzensteuersatz von 56 %, dieser wurde jedoch stufenweise auf bis zu 42 % gesenkt. Aktuell gibt es zwar noch einen „Reichensteuerzuschlag“, aber nur von lächerlichen 3 %. Kapitalgesellschaften wurden früher mit **40 %** Körperschaftssteuer belegt. Auch diese Steuer wurde zuletzt mit dem Jahressteuergesetz 2008 von damals 25 auf nur noch **15 %** gesenkt. Die heutige Armut in Deutschland und leere öffentliche Kassen sind also nicht nur das Produkt von Globalisierung, sondern von hausgemachter Neo-Liberalisierung durch Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche. Gleichzeitig hat diese Politik auf Kosten der Allgemeinheit ein Gegenstück: Den in **wenigen Händen konzentrierten Reichtum**.

Wer die wachsende Armut bekämpfen will, muss die Reichen stärker zur Kasse bitten, also dafür sorgen, dass der Staat über ausreichende Finanzmittel verfügt, denn eine wirksame Armutsbekämpfung kostet Geld. Das ist kein Populismus, das sind die Fakten.

Da stellt sich uns die Frage, wie verhält sich **Ihre** jeweilige Partei auf höherer Ebene, wie stimmen und stimmten Ihre Abgeordneten ab bei Steuergeschenken an Reiche, bei der Zerschlagung des Sozialsystems, der Anhebung des Rentenalters, den Zuzahlungen für Medikamente, der Praxisgebühr? Wer macht denn „da oben“ mit, wenn Gesetze beschlossen werden, die die frühere 50:50-Finanzierung der Sozialversicherung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten aushebeln und der Kündigungsschutz gelockert wird?

„Für einen Politiker ist es gefährlich, die Wahrheit zu sagen. Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen“, sagte der berühmte **George Bernard Shaw**. Als Linke haben wir hiermit keine Probleme!

Was in Deutschland geschieht, ist schon lange keine soziale Marktwirtschaft mehr. Wir haben da einen völlig anderen Politikansatz in diesem Rat. Wir **stehen in Opposition zur herrschenden Politik des Sozialabbaus**. Als konsequente Friedenspartei mit antifaschistischen Anspruch wollen wir die nächste Zeit nutzen, Ihrem Kurs zur Umverteilung von Unten nach Oben Alternativen entgegen zu setzen und die Interessen der abhängig Beschäftigten, von **Rentnern, Frauen, und Jugend, von den Ausgegrenzten und Benachteiligten, insbesondere der Hartz-IV-Opfer zu vertreten**. Unsere Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders statt des Gegeneinanders, in der ein würdiges Leben aller ermöglicht wird. Ein Leben, zu dem ein Recht auf anständig entlohnte Arbeit gehört, ein Recht auf Wohnen, auf Bildung, auf soziale Sicherheit, auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und ein Recht auf Gleichstellung.

Wir setzen auf das Prinzip der direkten und unmittelbaren Demokratie mit Bürger/innenbefragung und Referendum. Wir lehnen PPP-Finanzierung ebenso ab wie die Auslagerung öffentlicher Aufgaben in privatwirtschaftliche GmbH's, wie dies zum Beispiel im Bereich **Abfallentsorgung** geschehen ist. Dagegen setzen wir die Forderung auf Einführung eines kommunalen Bürgerhaushaltes unter Beteiligung der Bevölkerung.

Wir fordern die **Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)** statt 1-Euro-Jobs als perspektivlose Dauerlösung. Sonst werden regulär bezahlte Stellen bei sozialer Arbeit in den öffentlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen weiter zurück gedrängt, da dort festes Personal eingespart wird. Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. **Hartz IV muss weg!**

Wir treten dafür ein, im soziokulturellen und ökologischen Non-Profit-Bereich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen zu schaffen, in diesem Sinne eine Umverteilung der öffentlichen Ausgaben vorzunehmen und z. B. genossenschaftliches Engagement zu unterstützen. Bei öffentlichen Auftragsvergaben soll die Zahlung von Tariflöhnen zwingendes Kriterium der Vergabeentscheidung werden. Wir setzen auf regionale Kooperation und **Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe**.

Wir unterstützen die Forderungen der Bauern nach ausreichender Bezahlung der von ihnen erzeugten Produkte und wollen eine **agro-gentechnikfreie regionale Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft**. Wir fordern eine bessere Kennzeichnung vegetarischer Nahrung bei der regionalen Vermarktung.

Energie und Wasser sind keine Ware sondern menschliche Grundbedürfnisse. DIE LINKE fordert, dass in diesen Bereichen **keine Privatisierung** stattfindet und dort, wo dies bereits erfolgt ist: eine **Re-Kommunalisierung**.

Das regionale Radwegenetz ist weiter auszubauen, erfreulicherweise sind hierzu ja Gelder im Haushalt bereitgestellt. Zur Förderung eines sanften Tourismus ist die **Patenschaft mit dem Militär** zu beenden. Die Militärpräsenz ist abzubauen, der Truppenübungsplatz auf- und zurückzugeben und die unzumutbare Belästigung durch Kampfflugzeuge über dem Kreisgebiet einzustellen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge sein und Mobilität für alle sichern: Die verkehrspolitische Bevorzugung des Autos grenzt viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen aus. Moderne Verkehrspolitik muss so ausgestaltet sein, dass sie ihre Auswirkung auf Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungspolitik verantwortungsvoll zur Kenntnis nimmt und umweltschonende, sozialverträgliche Mobilitätskonzepte entwickelt, die den folgenden Generationen die Zukunft nicht verbaut.

Wir fordern eine Verdichtung des **Busangebotes** und die Integration des Landkreises Birkenfeld in den Übergangstarif RNN zu RMV und zum Saarland-Verkehrsverbund sowie die Einführung eines Sozialticket als Teil des Sozialpasses.

Gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung treten wir ein für den Erhalt und Ausbau sozialer Standards. Wir fordern **Lehr- und Lernmittelfreiheit und kostenfreies Kita- und Schulesen** für alle Kinder! Arbeitslose, Geringverdiener, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Behinderung und Jugendliche sollen unbürokratisch Vergünstigungen und Ermäßigungen, Kinder kostenlosen Einlass bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen erhalten, um ihnen eine finanziell uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. **Wir fordern die Einführung eines kommunalen Sozialpasses für alle mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze sowie einen Sozialtarif bei Strom und Gas** für Bedürftige.

Auch wenn sich der Landkreis regelmäßig mit einem Festbetrag am Idar-Obersteiner Frauenhaus beteiligt: Dass Frauenhäuser immer noch um ihre materielle Absicherung kämpfen müssen, ist ein Skandal.

Wir wollen kommunales und genossenschaftliches Wohneigentum fördern. Im Kinder- und Jugendbereich fordern wir z. B. ein bedarfsorientiertes und kostenfreies Angebot an **konfessionsfreien Kindertagesstätten** sowie bessere personelle, qualitative und quantitative Ausstattung von Kitas mit kleineren Gruppen.

Wir wollen eine starke, offene, multikulturelle und demokratische **Jugendarbeit** im Kreis Birkenfeld. Die vorhandenen Angebote sind zu gering, teilweise unattraktiv und passen nicht zu den veränderten Bedürfnissen.

Es besteht nach wie vor Mangel an **Ausbildungsplätzen** und eine hohe **Jugendarbeitslosigkeit**.

Versuche, das Interesse der Jugend an der Kommunalpolitik durch die Bildung von Jugendparlamenten zu fördern, sind vielfach gescheitert, weil formalisierte und teilweise auch bürokratische Verfahren der Jugend fremd sind.

Global denken – lokal handeln. Die **AGENDA-21** der Vereinten Nationen, 1992 in Rio beschlossen, wurde im Landkreis Birkenfeld einfach per Beschluss beendet. DIE LINKE meint jedoch, dass der AGENDA-21-Prozess kein Schönwetterthema ist. Durch die Zerstörung der Umwelt, die maßlose Vergeudung endlicher Ressourcen vor allem durch die Länder des reichen Nordens, haben wir alle eine besondere Verantwortung! Wir verlangen daher die Reaktivierung eines nachhaltigen, verbindlichen und zukunftstauglichen AGENDA-21- Leitbildes, an dem sich die politischen Projekte und Beschlüsse orientieren sollen.

Tierschutz muss gesamtgesellschaftlich eingebettet sein und jedes Individuum einen Stellenwert haben. Im Kreis Birkenfeld kann der Tierschutz auch dadurch gestärkt werden, dass z. B. Kooperationen zwischen Schulen und Tier- und Naturschutzverbänden entstehen (grünes Klassenzimmer). Wir regen die Erstellung eines **Schadstoff-Altlasten-Katasters** für den Kreis Birkenfeld an. Kontaminierte Böden und Materialien sind zu untersuchen und gegebenenfalls zu sanieren. Wir mahnen die fehlende Basisabdichtung der ehemaligen **Uranaufbereitungsanlage** im Steinautal an.

Statt Patenschaften mit Militärs regen wir die **Unterstützung von Bürgerinitiativen**, Umweltverbänden und anderen bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen an, die sich für eine friedliche und ökologische Nutzung ehemaliger Militärgelände einsetzen.

Unsere Forderungen kosten Geld und die Opposition wird bei solchen Vorschlägen immer gefragt: Wo ist die **Gegenfinanzierung**? Meist kommt dann der Vorwurf: UNSERIÖS und POPULISTISCH. Das musste sich schon August Bebel anhören, und dies wird Demokratischen Sozialisten immer gerne entgegen gehalten. Aber worin soll den die Aufgabe der Opposition liegen, wenn nicht darin, den Finger in die Wunden zu legen!

Andererseits: Das Geld für diese Aufgaben ist da, es ist nur in den Händen von einigen wenigen. Es ist da, wie die jüngsten Entwicklungen der internationalen Finanzkrise belegen. Es ist auch da, wie Analysen des Bundesrechnungshofs alljährlich zeigen. Es ist dann da, wenn wir in Deutschland wie im westlichen Ausland zu einer angemessenen Besteuerung großer Unternehmungen und großer Einkünfte kommen und die Kommunen mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden.

Geld gibt es in Deutschland also eine ganze Menge – nur die Verteilung ist gelinde gesagt etwas ungerecht. Das **Hochlohnland Dänemark** leistet sich es einen vergleichsweise tollen Sozialstaat, Steuern werden dort „gerne“ bezahlt, weil man der Ansicht ist, dass der Staat das eingenommene Geld gerecht verteilt und einsetzt. Der **Spitzensteuersatz liegt in Dänemark bei 62 %**. Von einer großflächigen Abwanderung der Bevölkerung dort ist mir nichts bekannt...

Wenn Deutschland Milliarden von Euro für Auslands-Kriegseinsätze ausgibt, wenn zur Rettung von Banken plötzlich innerhalb weniger Tage sogar Hunderte von Milliarden an Hilfen für **Not leidende Kreditinstitute** bereit gestellt werden, wenn die neue Bundesregierung sogar Steuersenkungen verspricht und Hotelübernachtungen subventionieren will, dann dürfte die Finanzierung unserer Vorschläge kein Problem darstellen.

Setzen auch Sie sich bei Ihren Abgeordneten in Mainz und Berlin für eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und ein **Entschuldungsprogramm für alle öffentlichen Haushalte** ein! Wer 500 Mrd. Euro für Banken, die das Geld an der Börse verzockt haben, ausgeben kann, kann nicht mehr behaupten, das sei nicht machbar. **Den sozialen Schirm für die Menschen** suchen wir bisher jedoch vergebens.

Wir verstehen uns in dieser Runde als **Opposition** und Sprachrohr der Schwächeren in der Gesellschaft. Sie müssen von uns nicht erwarten, dass wir einen eigenen Haushalt vorlegen. Unter diesen Rahmenbedingungen wäre dies auch für uns sehr frustig. Da müsste die Kreisumlage gleich vervielfacht werden, wenn auf Kreisebene ein ausgeglichener Haushalt zum Vorschein kommen sollte. Letztlich wäre aber auch dies nur eine Weiterverlagerung auf die zahlenden Kommunen, die bis auf wenige Ausnahmen ja ebenfalls am Rande des **Kollaps** stehen.

Eine Änderung ist also nur von oben zu erreichen, der Fisch stinkt vom Kopf her! Seit 1980 wird der Sozialstaat Zug um Zug beschnitten, als SPD-GRÜNE mit der Agenda 2010 anfangen, wurde der Sozialstaat regelrecht geschliffen. Eine Folge dieser Gesetze ist die **Politikverdrossenheit der Bevölkerung**.

Der vorliegende Schuldenhaushalt 2010 bedeutet letztlich eine **Ent-Demokratisierung** der Kommunalpolitik, denn hier ist mangels finanzieller Masse die Teilhabe der gewählten Volksvertreterinnen und Vertreter nahezu unmöglich.

Karl Marx sagte: „**Kein Mensch hockt außerhalb dieser Welt**“. Er gab damit vor, was in unseren Händen liegt: Wir selbst können bestimmen, in was für einer Welt wir leben und leben wollen. Solange aber die überwältigende Mehrheit – auch in diesem Saal – glaubt, dass es gar nicht anders geht, solange wird sich auch nichts ändern.

Eine moderne und überlebensfähige Gesellschaft wird lernen müssen, schonend mit den Ressourcen umzugehen und das Angebot an Gütern und Dienstleistungen am Menschen zu orientieren, und nicht - wie derzeit – an der Verwertbarkeit auf dem Markt.

Mangels Verfügungsmasse ist das vorliegende Papier zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme ungeeignet und zudem eine sozialpolitische Katastrophe. **Die Linken lehnen den vorgelegten Haushaltsentwurf daher ab.**

Tanja Krauth (Fraktionssprecherin)
für die Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld